

zum internationalen Recht. Dabei stellte er den frühbürgerlichen Illusionen die heutigen Verhaltensweisen der Monopolbourgeoisie zu den politischen und ökonomischen Unabhängigkeitsbestrebungen der Entwicklungsländer gegenüber und wertete sie als reaktionären Versuch des Monopolkapitals, die Anstrengungen zur Demokratisierung der internationalen Beziehungen zu torpedieren.

Zahlreiche Diskussionsbeiträge widmeten sich Aspekten der Einordnung der Krise der bürgerlichen Demokratie in die Prozesse der allgemeinen Krise des Kapitalismus. So wurde die bürgerliche Demokratie als Herrschaftsform der Bourgeoisie auf Grund des dem kapitalistischen Reproduktionsprozeß eigenen Widerspruchs zwischen gesellschaftlicher Produktion und privatkapitalistischer Aneignung der Produkte als von Anfang an zweiseitig und doppelgesichtig charakterisiert (Prof. Dr. G. Haney); denn auch in der Phase des Aufschwungs der bürgerlichen Demokratie, in der sie eine überwiegend progressive Rolle bei der Herausbildung der kapitalistischen Produktionsweise und der Formierung bürgerlicher Nationen spielte, war die politische Herrschaft der Bourgeoisie keine Idylle (Dr. J. Franke). Die Krise der bürgerlichen Demokratie beginnt jedoch erst, wenn die politische Herrschaft der gesamten Kapitalistenklasse durch die politische Oberhoheit der Monopolfraktion abgelöst wird und sich die zunehmende Unfähigkeit der Monopolbourgeoisie zeigt, die sich aus dem Wesen des Monopols ergebenden expansiven Ziele mit den von der bürgerlichen Demokratie gegebenen Mitteln zu realisieren (Prof. Dr. A. Winkler).

In der Diskussion wurde ferner die Dialektik zwischen dem von der Monopolbourgeoisie forcierten Abbau der Demokratie und dem wachsenden Demokratiestreiben der Werktätigen behandelt. So schafft sich die Monopolbourgeoisie die ihren Klasseninteressen gemäßen politischen Herrschaftsformen und -methoden durch das formelle Beibehalten der Mechanismen der bürgerlichen Demokratie bei gleichzeitiger Herausbildung neuer politischer Mechanismen, die direkt der engen Verflechtung von Monopolen und Staat Rechnung tragen. Dieses neue, unkontrollierbare System der politischen Machtausübung entsteht neben dem traditionellen System der Institutionen der bürgerlichen Demokratie, mit dem die Bourgeoisie üblicherweise ihre Klassenherrschaft ausübt, verflucht sich mit diesem und beschleunigt damit die Krise der traditionellen bürgerlichen politischen Institutionen (Prof. Dr. A. Kiss). Der Niedergang der bürgerlichen Demokratie wird durch das Bestreben der reaktionären Kräfte der Monopolbourgeoisie verstärkt, bereits deformierte Formen und Methoden der bürgerlichen Demokratie teilweise oder völlig außer Kraft zu setzen und offen antidemokratische Herrschaftsformen und -methoden zu installieren (Dr. J. Dötsch). Dabei ist die Stellung der Monopolbourgeoisie zum bürgerlichen Parlament erstens durch die Tendenz zur Einschränkung der parlamentarischen Rechte zugunsten der Stärkung der Exekutivorgane (Dr. L. Lukaschuk) und zweitens durch die Tendenz geprägt, die Vorteile des Parlamentarismus zur Stabilisierung der bestehenden Herrschaft zu nutzen (Prof. Dr. W. Menzel). Eng damit verbunden ist die wachsende Rolle der bürgerlichen Parteien im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem, die in der zunehmenden Verflechtung der Führungsspitzen der systemtragenden Parteien mit dem Apparat der Monopole und des Staates, in dem Wuchern der bürgerlichen Parteibürokratie selbst sowie in der nachhaltigen Tendenz zum Zweiparteiensystem zum Ausdruck kommt (Dr. J. Urias). Diese Krisenprozesse der bürgerlichen Demokratie wurden in der Diskussion am Beispiel der Präsidialdiktatur der USA (Prof. Dr. W. Sokolewicz) und am Beispiel Frankreichs (Dr. P. S. Grazianski) in ihrer Widerspruchlichkeit veranschaulicht.

Mit der Widerspiegelung der Krise der bürgerlichen Demokratie in den gegenwärtig vorherrschenden bürgerlichen Demokratietheorien beschäftigten sich weitere Teil-

nehmer der Konferenz. Unter dem Druck der Realität vollzieht sich gegenwärtig eine einschneidende Veränderung in der bürgerlichen politischen Theorie: Der Glaube an die Unererschütterlichkeit und den Ewigkeitsbestand der bürgerlichen Demokratie ist tiefen Zweifeln und zunehmender Unsicherheit über deren Perspektiven gewichen, und die Verherrlichung der Institutionen bürgerlicher Demokratie als der für alle Zeiten besten und gültigen wird durch das Konstatieren der Verfalls- und Niedergangsercheinungen eben jener Institutionen ersetzt. Die Erschütterungen des bürgerlichen Selbstverständnisses spiegeln sich auch in dem das Verhältnis von Bürgern und Staat charakterisierenden Begriff der Vertrauenskrise im Kapitalismus wider, dem in den sozialistischen Ländern die Haltung des „sozialen Optimismus“ gegenübersteht (Prof. Dr. W. A. Tumanow). In einigen Ländern des Kapitals bemühen sich daher Interessenvertreter des Monopolkapitals, den Vertrauensschwund durch eine verstärkte Konsenssicherung aufzufangen, der Bevölkerung die Einschätzung der sozialen Leistungsfähigkeit des Staates zu erschweren und die Vorstellung vom „starken Staat“ als dem zeitgemäßen Staat zu propagieren (Dr. E. Lieberam).

Mit den Auswegen, die das Monopolkapital aus der Krise der bürgerlichen Demokratie sucht, befaßten sich auch noch andere Diskussionsredner. Die unterschiedlichen bürgerlichen Konzepte haben ihre Ursache in Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Monopolbourgeoisie, wie diese Krise zu mildern oder zu beheben sei. Es konkurrieren miteinander kleinbürgerlich-oppositionelle Forderungen nach einer „Wiederbelebung“ des bürgerlichen Parlamentarismus und Liberalismus (Dr. M. Marschik), sozialreformistische Konzeptionen der „Reformierung“ der bürgerlichen Demokratie als Element staatsmonopolistischer Herrschaft (Prof. Dr. A. Winkler) sowie autoritär-konservative Konzeptionen der Einschränkung bzw. Ausschaltung demokratischer Einflußmöglichkeiten auf die politische Herrschaft der Monopolbourgeoisie (Dr. I. Petkow). Zugleich gibt es nach wie vor Konzepte des ultralinken Radikalismus, die für die Denkweise nichtproletarischer Zwischenschichten große Bedeutung haben (Dr. W. Krüger).

Die maßgebenden Kreise der Monopolbourgeoisie setzen gegenwärtig weiterhin auf eine Politik der Beibehaltung der bürgerlichen Demokratie als Staatsform und ihrer verstärkten Nutzung zur Niederhaltung der Volksmassen. Einen entscheidenden Stellenwert messen sie der Integrations- und Manipulationskraft des bürgerlich-parlamentarischen Systems bei: Das Parteiensystem und andere Elemente des politischen Systems werden aktiviert, um die Massen durch Teilzugeständnisse der imperialistischen Herrschaft zu verpflichten (Dr. A. Werner); der Einfluß auf die Massenmedien wird verstärkt, um ein stark antikommunistisch geprägtes Freund-Feind-Bild aufzubauen (Dr. Z. Masopust); es wird versucht, neue Erscheinungen wie Bürgerinitiativen in das politische System einzubauen und zur Systemstabilisierung umzufunktionieren (Dr. J. Missewicz).

In der Diskussion wurde mehrfach darauf hingewiesen, daß die Gefahr des Faschismus in kapitalistischen Ländern nach wie vor vorhanden ist. Unter bestimmten Bedingungen können die Methoden des Parlamentarismus und die bürgerliche Demokratie überhaupt zum Hindernis für die Monopolbourgeoisie werden und die reaktionärsten Kräfte wieder nach der faschistischen Diktatur streben. Andererseits hat der Kampf der Arbeiterklasse größere Wirksamkeit erreicht und wird unter den Bedingungen grundlegender Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis geführt. Ferner hat die Monopolbourgeoisie aus der Vergangenheit gelernt, daß es für sie nicht riskolos ist, den faschistischen Weg zu gehen. Schließlich ist der Faschismus zu stark diskreditiert, und der gegen ihn zu erwartende Massenwiderstand aller nichtmonopolistischen Klassen und Schichten kann für die imperialistische Bourgeoisie zu unkalkulierbaren Entwicklungen führen.